

Wohlfühl-Wahlkampf

Gastkommentar zur Bundestagswahl am 27. September

Die Parteistrategen haben in der Krise einen Wohlfühl-Wahlkampf verordnet: Die SPD verspricht vor der Bundestagswahl vier Millionen neue Jobs, die Union großzügige Steuersenkungen. Das lenkt von den eigentlichen Problemen ab – etwa das Desaster im Gesundheitswesen. Nach vier Jahren katastrophaler Gesundheitspolitik scheuen Union und SPD das unliebsame Thema. Dabei steht für die Bürger viel auf dem Spiel: der Erhalt der flächendeckenden Spitzenmedizin.

Mit aller Macht versucht Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) die wachsenden Probleme im Gesundheitswesen kleinzureden: Chaos bei der Honorarverteilung für die niedergelassenen Ärzte – schuld sei die Selbstverwaltung, sagt Schmidt mit beeindruckender Gleichgültigkeit. Und das Milliardenloch im Gesundheitsfonds? Hektisch gestopft mit Steuergeldern.

Gesundheitskatastrophe 2010

Schmidts Notfallpflaster mögen bis Ende September halten. Spätestens im nächsten Jahr zeigt sich allerdings das ganze Ausmaß der Gesundheitskatastrophe.

Für die gesetzlich Versicherten bedeutet dies vor allem eines: Es wird deutlich teurer. Allein bis Ende 2010 fehlen dem Gesundheitsfonds nach Schätzungen von Experten rund zehn Milliarden Euro. Das entspricht rein rechnerisch einem Beitragssprung von einem Prozentpunkt. Doch keine Regierung wird es wagen, mitten in der Wirtschaftskrise derart an der Beitragsschraube zu drehen. Die Folge: Die Krankenkassen müssen satte Extragebühren erheben. Bei Gutverdienern können die Zusatzbeiträge bis zu 36 Euro im Monat betragen – und damit die versprochenen Steuerentlastungen weit übersteigen.

Reformflops korrigieren

Gleich wie die Wahl ausgeht – auf die neue Bundesregierung wartet im Gesundheitswesen eine Mammutaufgabe. Sie muss nicht nur die Milliardenlöcher stopfen, sondern auch die Reformflops der Großen Koalition korrigieren. Beispiel



Foto: privat

Steffen Habit ist als Redakteur beim Münchner Merkur zuständig für Sozialpolitik.

Honorarreform: Statt mehr Transparenz hat das neue Vergütungssystem lediglich neue Verwirrung gestiftet. Niemand kann heute sagen, wohin die zusätzlichen Beitragsmilliarden für die niedergelassenen Ärzte fließen. Dringender Korrekturbedarf besteht auch beim neuen Finanzausgleich zwischen den

Krankenkassen (kurz Morbi-RSA). Weil es für bestimmte Leiden lukrative Zuschläge gibt, ist zwischen den Versicherungen ein absurder Wettlauf um die Kranken entbrannt.

Deutliche Unterschiede

Die Volksparteien meiden das Thema Gesundheit im Wahlkampf: Zu kompliziert, zu sperrig, warnen die Parteistrategen. Da bleibt den Bürgern nur, sich selbst zu informieren. So fordern SPD und Grüne erneut die Einführung der Bürgerversicherung. Ziel ist es, die Privatversicherten in die gesetzliche Krankenversicherung einzubeziehen. Die Liberalen werben dagegen mit dem Slogan: Privatversicherung für alle. Sie wollen damit die Zwei-Klassen-Medizin beenden. Und die Union? Sie hat sich von der Kopfpause verabschiedet und fordert stattdessen Korrekturen am Gesundheitsfonds wie etwa mehr regionale Spielräume. Die Unterschiede zwischen den Parteien in der Gesundheitspolitik sind deutlich – die Bürger haben am 27. September eine echte Wahl. Jetzt müssen sie nur noch die Chance auch nutzen.

Gastkommentare entsprechen nicht immer der Meinung der Herausgeber.